

Ausführungen gegen die Juden auf die bolschewistische Gesinnung der Verfolgten zurückzuführen seien, während das echte Polentum angeblich dem Bolschewismus durchaus feindlich gegenüberstehe.

Es ist nicht ganz glücklich, von denselben Elementen eine Vermittlung zur Erzielung einer Milliardenleihe zu erhoffen, die man gleichzeitig als Förderer des Bolschewismus anzuschwärzen versucht.

Die Ueberfälle auf Juden in den Eisenbahnzügen gehören, wie es scheint, zu den heutigen Volksbelustigungen in Polen. Man nimmt den Juden ihr Gepäck ab, verprügelt sie und wirft sie hierauf unter Fußtritt aus den Abteilen heraus; dazu kommen die Bogramme und Bogrammen, die in einzelnen Ortschaften stattfinden.

Das neue Polen hat in der kurzen Zeit seines Daseins Kriege nach allen Weltstrichen hin geführt, gegen Rußland, gegen Litauen, gegen das deutsche Oberschlesien, gegen die Ukraine; für ein Dasein von 2 1/2 Jahren eine respektable Leistung, und als unmittelbare Folge dieser auswärtigen Politik eine Finanzlage, die in dem finanziell zerrütteten Europa beinahe die allgeringste ist, und als Endergebnis: tiefe innere Zerrüttung, Rechtslosigkeit, nationalistische Verhöhnung.

Nach dem Willen der französischen Regierung soll Oberschlesien mit seinem entwickelten Wirtschaftsleben, mit seiner europäisch gebildeten Bevölkerung in das nach Schlachzigenmethoden regierte Polenreich hineingestossen werden. Geschähe das, so würde ein Stück europäischer Kultur der Barbarei ausgeliefert sein, und das um ein lebenswichtiges Organ verlorne Deutschland käme dem wirtschaftlichen Zusammenbruch näher.

Erzbergers Rehabilitierung.

Wie wir bereits mitteilen, hat sich gestern der Reichsausschuß des Zentrums mit der Angelegenheit des Abg. Erzberger beschäftigt. Ueber das Ergebnis teilt die „Germania“ mit, daß mit allen gegen eine Stimme bei vier Stimmenthaltungen folgende Entschließung angenommen wurde:

1. Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß das Verfahren wegen Verletzung der Eidespflicht zugunsten des Herrn Erzberger entschieden ist.

2. Erzberger erklärt, daß die Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit von der gesamtpolitischen Lage abhängt. Er legt dabei Wert auf die Feststellung, daß er in seiner politischen Wirksamkeit stets bestrebt sein wird, die Einigkeit innerhalb der Partei und der Fraktion zu pflegen.

Dieser Beschluß bedeutet, daß das Zentrum es grundsätzlich Erzberger nicht verweigert, seine politische Tätigkeit wieder aufzunehmen. Bei seiner Koalition mit der Deutschen Volkspartei mußte das Zentrum bekanntlich die Bedingung eingehen, daß Erzberger sein Reichstagsmandat nicht ausüben werde. Mit der Einstellung des Meinungsverfahrens ist der rechtliche Grund, mit dem Verfall des Kabinetts Fehrenbach der politische Grund für diese Maßnahme hinfällig geworden.

Die „Kreuz-Zeitung“ tobt über den Einstellungsbeschluß des Landgerichts in Sachen Erzberger, der bei ihr „lebhafteste Entrüstung“ hervorruft und den sie „unbegreiflich“ nennt. Wenn die sozialdemokratische Presse sich über die haarsträubendsten Justizskandale entrüstet, dann ist die gleiche „Kreuz-Zeitung“ immer sehr schnell bei der Hand, über „systematische Untergrabung des Ansehens der deutschen Rechtspflege“ zu seihen. Wenn aber unter hundert politischen Prozessen einmal einer nicht nach dem Geschmack der reaktionären Demagogie entschieden wird, dann nehmen diese Herrschaften durchaus kein Blatt vor den Mund und machen ihrem Rißmut in den kräftigsten Tönen Luft. Denn: Bauer, das ist ganz was anders!

Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt sogar, daß Erzberger „nach wie vor mit dem dringenden Verdacht des Meineids behaftet“ sei, wenn auch das Gericht das Verfahren eingestellt hat. Aber sie schlägt Purzelbäume moralischer Entrüstung, wenn die sozialdemokratische Presse die Mörder Liebknechts oder die Marburger Studenten von Meuchterschuld trotz des Freispruchs als Mörder kennzeichnet. Denn: Bauer, das ist ganz was anders!

„Ihds behaftet“ sei, wenn auch das Gericht das Verfahren eingestellt hat. Aber sie schlägt Purzelbäume moralischer Entrüstung, wenn die sozialdemokratische Presse die Mörder Liebknechts oder die Marburger Studenten von Meuchterschuld trotz des Freispruchs als Mörder kennzeichnet. Denn: Bauer, das ist ganz was anders!

Brandler und die KAPD.

In einer langen gebundenen Erklärung nimmt endlich die „Rote Fahne“ zu der Meidung Stellung, daß die Verteidigung Brandlers vor Gericht ihm ein Mißtrauensvotum der kommunistischen Zentralkomitee eingetragen habe und daß diese Stellungnahme der Zentrale u. a. auch auf eine Beschwerde von Max Hötz über Brandler zurückzuführen sei. Die „Rote Fahne“ bezeichnet das zwar zunächst großspurig als „Schwindel“, muß aber gleich darauf in zu erwartender diplomatischer Abkühlung zwei wichtige Tatsachen aufzählen: erstens, daß einige Mitglieder der Zentrale gegen Brandler den Vorwurf erhoben haben, daß seine Verteidigung den Angriff auf die Regierung und die Justiz vernachlässigt hat. Zweitens, daß zur Zeit der Besprechung des Falles Brandler in der Zentrale eine Aufforderung von Max Hötz an die Instanzen der KAPD und KAPD. vorlag, sich darüber zu äußern, ob sie mit den Äußerungen Brandlers, wie sie in den Prozessberichten wiedergegeben waren, einverstanden seien. Bei diesem Sachverhalt hätte die „Rote Fahne“ wirklich allen Grund, mit Äußerungen wie „Schwindel“ vorsichtiger zu sein.

In der Sache berufen sich nun Brandler und die „Rote Fahne“ darauf, daß die Prozessberichte mit den stenographischen Aufzeichnungen nicht übereinstimmen. Die stenographischen Aufzeichnungen sollen demnächst im Druck erscheinen. Man wird sie sehr genau darauf kontrollieren müssen, ob hier nicht zwischen Niederschrift und Drucklegung die Wahrheit fortgerollt ist. Notierte doch die „Rote Fahne“ selber in ihrem Prozessbericht folgende Äußerungen Brandlers:

Wir sind der Meinung, daß ein zäher Klassenkampf stattfinden wird, daß aber während des März nicht daran gedacht wurde, die Verfassung zu stürzen.

An anderer Stelle des Berichts der „Roten Fahne“ heißt es:

Genosse Brandler zitiert Stellen aus dem Spartakusprogramm, die beweisen, daß die Kommunisten die Regierung nur übernehmen durch den Willen der ungeheuren Mehrheit des Volkes.

Die „Freiheit“ hat diese Stelle der Brandlerschen Rede noch etwas ausführlicher mitteilen können. Sie löste die summarische Darstellung der „Roten Fahne“ in folgende Sätze Brandlers auf:

Wir haben in den verschiedensten Tagen bewiesen, daß es uns nicht darum zu tun ist, in die Regierung zu kommen. Wir wollen erst die Macht, wenn wir die ungeheure Mehrheit des Proletariats hinter uns haben und zwar durch gewählte Räte. Die Diktatur des Proletariats wird nicht den zehnten Teil Gewalt anwenden müssen, wie die heutige Regierung. Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Bestehen der heutigen Verfassung. Der Profit der Kapitalisten wird durch die Diktatur des Proletariats verboten werden, und das kann ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrechts geschehen. Das ist Diktatur des Proletariats.

Wenn Brandler jetzt in dem von der „Roten Fahne“ zum Teil veröffentlichten Vorwort seines Prozessberichtes behauptet, er habe „den perfiden Angriff des Bolschewismus in seiner ganzen Nichtigkeit beweisen wollen“, so scheint uns doch festzuliegen, daß Brandler in dieser Beweisführung bis zur völligen Verleugnung des tatsächlichen kommunistischen Aktionsprogramms gegangen ist.

Gefängnis für einen kommunistischen Redakteur. Der kommunistische Redakteur Richard Janus aus Berlin wurde vom Schwurgericht Stuttgart wegen Aufforderung zur Bewaffnung des Proletariats zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

„Die Schande Europas“. Das wiederholt sich so lange, bis er alles bekennt, was man von ihm wissen will; aber auch das ruht noch nichts. Er wird zu einem politischen Offizier geschleppt, der ein Protokoll aufnimmt, worauf die Prügelei von neuem beginnt. Der Vater findet den Körper des Sohnes am folgenden Tage auf einem Haufen schmutzigen Strohes. Er ist nur noch eine unkenntliche blutige Fleischmasse. Ein anderer Fall, der sich am 3. Juni ereignete. Er betrifft den Seher Rölle aus Myslowitz — ich kann den Namen richtig nennen, weil der Mann die Rache der Polen nicht mehr zu fürchten hat. Er wurde mit einem Lebensgefährten zusammen ohne jeden Grund verhaftet und ohne Verhör einer Abteilung Insurgenten übergeben, die beide in ein nebenan liegendes Gebäude schleppten, wo sie halb tot geschlagen und dann auf die Straße geworfen wurden. Während die beiden Opfer verfaulen, lag nach Hause zu schleppen, wurden sie von einem Trupp Polizisten ergriffen und aufs neue in grausamster Weise mißhandelt. Dem Lebensgefährten gelang es, in der Dunkelheit zu entkommen. Rölle aber fiel bei dem Versuch, sich seinen Peinigern zu entziehen, unter den Rufen der polnischen Verfolger.

Man lebt hier inmitten eines Terrors, der weder Raum noch Zügel kennt, und für den Gerechtigkeit und Recht leere Schemen sind. In Hindenburg, das man als das Monarchistisches polnisches Regime bezeichnen kann, werden in einem Restaurant eines Tages die Gäste ergriffen, durch die Straße geschleppt und am hellen Tage durch Kolbenstöße in eine Schule getrieben. Hier läßt man sie eine ganze Nacht ohne Trank und Speise in einem Loch, das 2 Meter im Quadrat zählt. Am nächsten Tage werden sie mit Ochsenziemern so lange bearbeitet, bis das Blut in Strömen fließt; dann werden sie in demerztem Zustand freigelassen. Man hat hier Räume eingerichtet, die als Folterkammern dienen. Man füllt sich in die Zeit der Hegenprozesse verkehrt, nur gefüllt sich in Oberschlesien dem religiösen Fanatismus der patriotischen Wahnsinn hinzu.

Spricht man in Italien noch immer von Oberschlesien als einem europäischen Problem? Oberschlesien ist längst kein europäisches Problem mehr; es ist nur noch, so schreibt Filippo Sacchi seinen erschütternden Bericht, „die Schande Europas“.

Der Schreibstischbold ist für Zeitungen nicht weniger gefährlich als sein öfter zitiertes Vetter vom Sechsten. Keine Redaktion ist vor ihm sicher. Heute hat er die „Germania“ heimgesucht; sie veröffentlicht einen Leitartikel: „Unwahrheiten von Dr. Herschel, M. d. N.“ Mit den Unwahrheiten ist natürlich nicht gemeint, was Dr. Herschel schreibt, sondern was er widerlegt. Man muß immer darauf achten, wie Artikel und Bezeichnung des Verfassers zusammenstimmen, sonst geht es einem am Ende gar wie dem „Berliner Tageblatt“. Dort sah man eines Tages in diesen Buchstaben die Frage: „Von wem droht Holland die größte Gefahr?“ Und darunter stand etwas kleiner: „Von unserem Berliner Korrespondenten.“

Warum denn weinen . . .

Die letzte außerordentliche Mitgliederversammlung der Organisation Escherich, in der die Auflösung beschlossen werden mußte, hat die Gelegenheit benützt, um durch die Annahme einer langatmigen Schimpfresolution noch zum Schluß den wahren reaktionären Charakter der Orgesch kundzutun. Die Resolution wirft der Reichsregierung vor, sie habe „den Willen des Feindes, entgegen dem Willen des deutschen Volkes zu ihrem eigenen gemacht“, sie läßt weiter, daß die Reichsregierung zu ihrem Vorgehen gegen die Organisation Escherich gar nicht gezwungen gewesen sei, sie schimpft schließlich, daß den Gegnern der Orgesch „die Empfindung der nationalen Würde abhanden gekommen“ sei. Schließlich lobhudelt sich die Orgesch noch selber als die „große nationale Bewegung unserer Tage“.

Nimmt man diese Resolution zusammen mit der Erklärung der bayerischen Staatsregierung, daß die Auflösung der Einwohnerwehren keineswegs auf Anordnung des bayerischen Staats erfolge und daß die bayerische Regierung es ablehne, die Auflösung der Einwohnerwehren selbst auszusprechen, so ist ganz klar, daß durch solche Resolutionen und Erklärungen nur der passiven Resistenz gegen die Auflösung der Räden gestärkt werden soll. Man drückt sich ein formelles Ja ab, das aber in der Tat der auf Nein gestimmten Erklärungen ganz untergeht, in der Erwartung, daß diese Sprache von den Orgesch- und Einwohnerwehren ganz von selbst im Sinne des Nein ausgelegt werden wird.

Diese Taktik zu durchkreuzen, wird Sache der Reichsregierung sein.

Poehner läßt haussuchen!

München, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Um die Erbitterung, die das Verbot des sozialdemokratischen Flugblatts durch die Münchener Polizeidirektion hervorgerufen hat, neuerdings noch zu steigern, hat der Münchener Polizeipräsident die Durchsuchung von Wohnungen sozialistischer Führer und sonstiger Seilschaften der Partei angeordnet. Die ausführenden Beamten haben sich zwar im allgemeinen taktvoll benommen und bei aller Gründlichkeit bei den Durchsuchungen die Form gegenüber unseren Genossen gewahrt. Im übrigen aber erinnern die neueren Vorgänge an die Sozialistenverfolgung zur Zeit des Sozialistenlebes.

Schutzpolizei als Hafenkreuzlergarde.

Elberfeld, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im benachbarten Vennep fand eine Versammlung des Deutschen Schutz- und Truhbundes statt, in der der bekannte antisemitische Pörrer Haß aus Wülheim a. R. rortierte und sich in den gemeinsten Beschimpfungen gegen das Kabinett Wirth und besonders gegen die Minister Bradnauer und Schiffer erging. Zur Hebung der Stimmung der Versammlung war eine Schülerkapelle eingetroffen, die das Lied „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ anstimmte. Als unsere Genossen zu der Diskussion das Wort verlangten, wurden ihnen von den Antisemiten bekannte Runzelnäpfele gezeigt. Unsere Genossen konnten feststellen, daß die Schutzpolizei aus Remscheid in Vennep anwesend war und gegen das Treiben der Antisemiten, die unter allen Umständen eine Schlägerei provozieren wollten, nicht vorging. Während unsere Genossen gegen das Treiben der Antisemiten protestierten, trafen 25 Mann uniformierte und bewaffnete Schupo aus Remscheid ein, die das Lokal umzingelten und sich provozierend gegen die Arbeiter benahmen. Auf die Anfrage des Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Wahlvereins in Vennep erklärte die Schupo, sie wäre von dem Vorstandsmittel des Deutschen Schutz- und Truhbundes nach Vennep beauftragt worden. Es wurde festgestellt, daß das in Frage kommende Mitglied der Fabrikant Woelp gewesen ist.

Angesichts dieses Vorganges fragen wir uns, wer denn eigentlich über die Schupo befiehlt?

Das Ende des Darwinismus? Ein halbes Jahrhundert ist verflossen, seit Darwin sein zweites großes Hauptwerk unter dem Titel: „Die Abstammung des Menschen“ in die Welt gehen ließ, und heute noch ist es ein Fixstern erster Größe am Himmel der naturwissenschaftlichen Literatur. Fünf Jahrzehnte haben sich mit den Ideen auseinandergesetzt, die Darwin zu finden und zu verarbeiten mußte, und diese fünf Jahrzehnte sind weder mit den Ideen selbst, noch mit dem ihnen Stütze und Halt gebenden Tatsachenmaterial fertig geworden. Die Theorien des Darwinismus sind heute zwar alle befestigt umstritten. So fest und sicher der allgemeine Entwicklungs- und Abstammungsgedanke marschiert, so schwankend ist alles von Darwin zu seiner Begründung Herbeigetrogene wieder geworden. Rassistische Zuchtwahl, geschlechtliche Zuchtwahl, Ueberleben des Stärksten, Kampf ums Dasein — alles Begriffe von nie mehrem Kurswert für neuere Forscher. Der Darwinismus ist tot, es lebe die Entwicklungslehre! Dabei freilich keineswegs ausgemacht ist, daß dieser tote Darwinismus, dieser innere Ausbau des Entwicklungs- und Abstammungsgedankes durch den alten Darwin, nicht eines Tages philosophisch vertieft wieder aufersteht. So leicht, wie man glaubt, hat so starke Prinzipien wie etwa das von unfehlbarem Sieg des Harmonischen in der Natur doch nicht umzubringen. Und wenn selbst das große und stolze Gebäude, das Darwin uns schenkte, zum Umbau zu alt ist, so bleibt es an sich doch ein rogendes Denkmal, das ehrend die Zeiten zurückdrückt, da die moderne Biologie überhaupt erst geboren wurde. Die Hauptwerke Darwins sind jetzt gerade in einer neuen sachlich und sprachlich einwandfreien Uebersetzung von dem naturwissenschaftlichen Schriftsteller Carl W. Reumann in Reclams Universal-Bibliothek erschienen.)

Humbig — dein Name ist Spielismus. Unter der Ueberschrift „Einstein und Edison in Verkehr mit Julius Cäsar“ berichtet „Daily Express“ über Mitteilungen Stadenreiters, des Vorsitzenden der Vereinigung der Spiritisten im Staate New York, der Einstein und Edison als „unbewußte Medien“ benützt haben soll. Er erklärte dabei, Spirits (Geister) benutzten das Hirn anderer großer Männer wie dieser beiden als Medien, um neue Entdeckungen der Welt zu übermitteln, und sein Sekretär versicherte sogar, daß derart auf spiritistischem Wege die Welt bald von den größten Geistern aller Zeiten geleitet werden würde. Besonders Abraham Lincoln, Washington, Napoleon, aber auch Napoleon und Cäsar sollen sich dieser Verbindung mit uns bedient haben.

Vorläufig merkt man in der Welt noch nichts von der Zeitung dieser Geister, um so mehr aber von dem erschrecklichen Mangel an Geist.

Kunstnachrichten. Anselm Feuerbachs „Medea“, das Hauptwerk aus der letzten Zeit des Meisters, das kürzlich aus dem Besitz des Großherzogs von Oldenburg in Amsterdam veräußert und von einem deutschen Kunsthändler wieder für Deutschland zurückgekauft wurde, ist jetzt in Berlin eingetroffen. — Adolf Hildebrands „Der Rhein“, das plastische Bildwerk seines großen Brunnens in Straßburg, das von den Franzosen abgebrochen war, soll in der Drangerei wieder aufgestellt werden.

Theaterchronik. Am Theater des Westens wurde für die Rolle des Königs Jerome in der Operette „Vorgens wieder lustig“ die Soubrette Emmy Selery verpflichtet.

„Die Schande Europas“.

Oberschlesien in italienischem Licht.

Philippo Sacchi, der als italienischer Sonderberichterstatter das obereschlesische Aufstandsgebiet bereist hat, veröffentlicht unter dem bezeichnenden Titel „Das polnische Regime“ auf Grund der Eindrücke, die er auf seinen Fahrten gewonnen hat, eine Darstellung der Verhältnisse des von den „polnischen Komitat“ drangsalirten Landes.

„Ich habe im August vorigen Jahres den Einmarsch der Bolschewisten in Polen miterlebt“, so schreibt der italienische Schriftsteller im „Corriere della Sera“, „aber ich kann den Polen in Oberschlesien die Anerkennung nicht versagen, daß sie in der Erfindung von Qualen und Martern ihre Vorbilder an Genialität weit übertrreffen. Von der einfachen Erpressung bis zur gewalttätigen Plünderung, von der Verletzung des Hausrechts bis zum blutigen Ueberfall gibt es kaum ein gemeines Verbrechen, das hier nicht vertreten wäre. Die Insurgenten brauchen Geld, um sich das zu verschaffen, schreiben sie Brandschadungen aus und ziehen den Reuten des Feils über die Dörfer. 30.000 bis 50.000 M. sind die normalen Brandschadungssätze. Das Schöne aber ist, daß die Kontributionen nicht etwa als Strafgeißel eingelegt werden. Sie werden unter dem harmlosen Titel „Kauttionen“ verbucht, Kauttionen, die dafür bürgen, daß die Kautionssteller sich als gute Polen betätigen. Aber wenn sie das auch täten, von ihrer Kauttionen würden sie trotzdem nicht einen Pfennig wiedersehen. Die willkürlich auferlegten Beschlagnahmen beziehen sich auf alle möglichen Dinge: Pferde, Automobile, Wagen aller Art, Schreibmaschinen, Telephonapparate, ja selbst Nähmaschinen und Klaviere. Und zu der privaten Erpressung gesellt sich die offizielle. Eine Verfügung Korfantys, die das Datum des 7. Juni trägt, legt allen Einwohnern des besetzten Gebiets eine Art Vermögensabgabe auf, d. h. eine einkommenssteuer, die in Höhe von 50 Proz. von jeder Art Besitz und jeder Einnahme erhoben werden soll.“

Und jetzt wollen wir ein wenig von dem Leben sprechen, das den Oberschlesier gleichzeitig mit der Börse genommen wird. Da ist beispielsweise ein Fall, der sich am 8. Juni ereignet hat. Ein fleißiger junger Mann, der Sohn des Arztes eines großen Industriebezirks, wird von einer Bande aufgegriffen und in das Ragazli einer Fabrik geschleppt, wo er mit Gummiknüppeln bearbeitet wird. Er muß laut die Schläge zählen. Nach den ersten 150 macht man eine viertelstündige Pause; als man die Prügelarbeit wieder aufnimmt, verliert das Opfer das Bewußtsein. Das benutzen die polnischen Folterknechte dazu, um ihm alles, was er bei sich trägt, abzunehmen. Als er wieder zu sich gekommen ist, beginnt die Prügelei aufs neue. Man will wissen, ob er der „Dr.“

Jagows Adresse.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat heute vormittag 10 Uhr 30 dem Reichsjustizminister Dr. Schiffer die ihr von zuverlässiger Seite mitgeteilte Adresse des angeblich unauffindbaren Herrn v. Jagow übermittelt. Sie lautet:

Traugott v. Jagow, Potsdam, Bayerstr. 7, I.

Die Adresse ist in Potsdam einer ganzen Anzahl von Personen bekannt. Die behördlichen Stellen, die dem Justizminister die angebliche Unauffindbarkeit Jagows melden, haben damit, falls nichts Schlimmeres vorliegt, zum mindesten eine derart phänomenale Unfähigkeit an den Tag gelegt, daß schon wegen dieser Unfähigkeit die mit der Ermittlung Traugott v. Jagows beauftragten Beamten von ihren Posten entfernt werden müssen.

Ueber die Rechtslage ist folgendes zu sagen: Der Haftbefehl gegen Herrn v. Jagow ist seinerzeit durch das Reichsgericht wegen des angeblich leidenden Zustandes des Angeklagten aufgehoben worden. Nur das Reichsgericht ist berechtigt und, nachdem v. Jagow selber sich für gesund erklärt hat, unfähig, auch verpflichtet, diesen Beschluß rückgängig zu machen und die Verhaftung des Angeklagten zu verfügen. Sogar der Oberreichsanwalt ist es, einen entsprechenden Antrag zu stellen, Sache des Reichsjustizministers, den Oberreichsanwalt auf jeden Fall hierzu zu veranlassen. Inzwischen erwacht der Polizei die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß Herr v. Jagow nicht wieder unauffindbar wird. Wer die Hartnäckigkeit kennt, mit der unter dem Sozialistengesetz sozialistische Führer, ohne daß sie irgendeines Vergehens angeklagt waren, monatelang auf Schritt und Tritt observiert wurden, wird diese Aufgabe der Polizei nicht für schwierig halten, natürlich den guten Willen der Polizeibehörden vorausgesetzt, Herrn v. Jagow wirklich im Auge zu behalten.

Waffenschiebungen in Ost und West.

Waffenfunde am Bodensee.

Die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtags ersucht nach Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ in einer Anfrage die Regierung um Auskunft über Waffenfunde in der Bodensee-Gegend, über die Personen und Organisationen, welche an der Verheimlichung dieser Waffen beteiligt seien, über die in Baden aufgedeckten geheimen Organisationen und über die Maßnahmen zur Verfolgung der Straftaten, die sich hierbei ergeben. Die Interpellation ist veranlaßt durch die Tatsache, daß die Behörden in verschiedenen Städten auf Bestrebungen gestoßen sind, die Ortschaft in Baden einzuführen.

Große Waffendiebstähle im Kreise Ramsau.

Aus Ramsau (Schlesien) wird uns über umfangreiche Waffendiebstähle berichtet. Dort wimmelt es von ehemaligen Offizieren, die im Volksmund sehr treffend „Putzleutnants“ genannt werden. Diese und andere der Ortschaft nahegelegenen Personen, namentlich Großgrundbesitzer, bereiten nicht nur der Waffenabgabe große Schwierigkeiten, sondern suchen sich auch in den Besitz neuer Waffen zu setzen. Dies zeigt folgender Vorfall:

In der Nacht vom 26. zum 27. Juni, wahrscheinlich zwischen 12 und 2 Uhr, wurden aus der Waffenkammer des Landratsamts in Ramsau mittels Einbruchdiebstahls ca. 400 Gewehre entwendet, die tags vorher von Organisationen der früheren Einwehnermehr abgegeben worden waren und am folgenden Tage nach Breslau abgeliefert werden sollten. Die Waffenkammer befindet sich in einem durch starke Eisengitter gesicherten Raum im Kellergehoß des Landratsamtes, zu dessen Bewachung außerdem ein besonderer Wächter bestellt war, der nachts um das Gebäude zu patrouillieren hatte. Die Täter sind durch den Garten zu den Fenstern des in Frage kommenden Kellerraumes gelangt, haben mittels einer Metallsäge und durch wuchtige Schläge einen Teil des Eisengitters entfernt und sind dann durch das Fenster in die Waffenkammer eingestiegen. Die hinterlassenen Spuren deuten darauf hin, daß die Waffen in zwei Kistenwagen abtransportiert worden sind. Die sich ebenfalls in der Waffenkammer befindlichen Munitionskisten wurden zurückgelassen. Der Wächter will von dem Einbruchdiebstahl, der zweifellos sehr erhebliche Geräusche verursacht und längere Zeit in Anspruch genommen hat, nichts gemerkt haben! Da seine Angaben durchaus unglaubwürdig erscheinen, wurde er unter dem dringenden Verdachte der Beihilfe an dem Diebstahl vorläufig festgenommen.

Ebenso wurden in einzelnen Ortschaften des Kreises, u. a. in Groß-Marchwig und Brzezinka, Waffendepots der früheren Ortswehren gewaltsam erbrochen und erhebliche Mengen zur Abgabe bereit gestellter Waffen samt Munition gestohlen.

Wir stellen hiermit öffentlich die Frage, was die preussische Regierung Stegeward, was insbesondere der Innenminister Dominicus gegen diese Zustände und gegen das jede Rechts- und Staatsordnung verhöhrende Treiben der Reaktion im Kreise Ramsau zu tun gedenkt?

Der gefesselte Oberleutnant.

Zu der von den Deutschnationalen im Reichstage eingebrachten Anfrage betreffend die Fesselung des Oberleutnants a. D. Boldt, eines wegen schweren Kriegsverbrechens (Mordes) zur Aburteilung vor dem Reichsgericht gelangenden U-Boot-Kommandanten, wird von der Hamburger Polizeibehörde jetzt folgende Darstellung gegeben: Der Oberleutnant zur See a. D. Kaufmann Boldt ist am 20. Mai 1921 auf Anordnung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht durch Hamburger Kriminalbeamte festgenommen und am 23. Mai in die Gefängnisanstalt II in Leipzig überführt worden. Vom Untersuchungsrichter war mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen gewandten Mann handelt, der wußte, daß er eine hohe Strafe zu gewärtigen habe, besondere Vorsicht bei Ausführung des Transportes befohlen worden. Der Kriminalpolizei war außerdem bekannt geworden, daß Boldt sich geküßert hatte, nach Leipzig würde er nicht gehen, vielmehr versuchen, auf der Fahrt aus dem Zuge zu springen. Ferner waren sichere Anzeichen dafür vorhanden, daß eine bestimmte Gruppe der Hamburgischen Bevölkerung die Absicht hatte, Boldt zu befreien. Um den erwarteten Flucht- oder Befreiungsversuch zu verhindern, wurde Boldt die sogenannte „lange Kette“ um ein Fußgelenk angelegt. Außerdem wurde der Leipziger Zug erst auf einer Zwischenstation bestiegen.

Majestät Wilhelm. Der Erbkaiser hat bekanntlich auf den Thron verzichtet. Um so auffälliger ist es, daß eine gedruckte Dankefugung für Kranzpenden anlässlich des Todes der Kaiserin mit den Worten beginnt: Seine Majestät der Kaiser und Königin hat mich beauftragt... Sehr verständlich sieht das nicht aus. Aber es hat ja schon immer zu den Eigenheiten Wilhelms gehört, daß er heute nicht mehr wußte, was er gestern getan hatte. Man erinnere sich z. B. an das Sympathietelegramm für Otto Krüger, dem ein paar Jahre später der Feldzugsplan gegen die Buren folgte!

Groß-Berlin

Zurückgehaltene Lebensmittel.

Zur Verproviantierung der Armee waren in der Kriegszeit ungeheure Lebensmittelmengen aufgespeichert worden. Die Knappheit und Teuerung der Lebensmittel wurde durch diese Maßnahmen der Heeresverwaltung und durch die weit über das Kriegsende hinaus sich hinziehende Zurückhaltung von Vorräten noch verschärft. Soll man es für möglich halten, daß die Heeresverwaltung auch jetzt noch Ueberfluß an Lebensmitteln hat und in der Lage ist, bedeutende Vorräte abzugeben?

Wir erfahren, das aus Beständen des Proviantamts vor kurzem an das Personal des Reichswehrministeriums beträchtliche Mengen von Büchsenfleisch zum Preis von 4,80 Mark pro Pfundbüchse abgegeben worden sind. Es heißt, daß im Personal jeder Kaufslustige kriegen konnte, soweit er wollte. Wenn solche Mengen da sind, muß man sich wirklich wundern, daß diese Lebensmittel so lange zurückgehalten wurden. Auch das Personal der Eisenbahnverwaltung hat den Vorzug gehabt, bei den jetzigen Verkäufen der aufgespeicherten Fleischvorräte berücksichtigt zu werden. Hier wird uns der Preis von 5 Mark pro Pfundbüchse genannt. 4,80 Mark oder 5 Mark für 1 Pfund Büchsenfleisch ist ein Preis, den man sich unter den heutigen Verhältnissen schon gefallen läßt. Wir können diese verhältnismäßig billigen Fleischkäufe jedem Gläublichen, der daran teilnehmen darf. Aber die eine Frage drängt sich uns doch auf, warum nicht noch weitere Kreise daran beteiligt werden. An Vorräten scheint es doch nicht zu fehlen; das müssen wir wenigstens annehmen, wenn wir sogar in einem offenen Ladengeschäft diese Fleischkonserven feilgeboten sehen. Wie mag dem Geschäftsmann der profitabile Einkauf des zweifellos aus den Proviantamtsbeständen herrührenden Ware möglich geworden sein? Er fordert 7,50 Mark pro Pfundbüchse, kann also einen nicht zu knappen Profit einstecken, wenn auch er beim Einkauf nur die obigen Preise zu zahlen hatte.

Uns scheint, daß hier ein ganz anderes Verfahren, die Vorräte unter die Leute zu bringen, nötig gewesen wäre. Der Verkauf hätte sich nicht sozusagen unter der Hand, sondern in aller Öffentlichkeit abspielen dürfen. Vor allem aber hätte bei Zulassung privaten Zwischenhandels die Möglichkeit unbeschränkter Profites ausgeschlossen werden müssen.

Raubüberfall auf einen Ringbahnhof.

117 000 Mark am hellen Tage geraubt.

Ein außerordentlich vermöglicher Raubüberfall wurde heute vormittag auf dem ziemlich einsam gelegenen Bahnhof Neu-Niederschönberg, zwischen den Stationen Nienburg-Friedrichsberg und Strauß-Niederschönberg, verübt. Kurz nach 11 Uhr drangen drei Männer in das Bahnhofsgelände ein, bedrohten den anwesenden Betriebsassistenten Walter Dittmann mit Revolvern und raubten die Eisenbahngeldkassette, die 117 000 M. enthielt, sowie eine Kassettsche. Nach bevor der überraschte Assistent Hilfe herbeiholen konnte, bestiegen die Räuber ein vor dem Bahnhof haltendes Droschkenauto, in dem sie auch eingetroffen waren, und fuhren in der Richtung Berlin davon. Es gelang schließlich im letzten Augenblick die Nummer des Autos, LA 9003, festzustellen und die Berliner Kriminalpolizei zu benachrichtigen, so daß Hoffnung besteht, die Räuber im Laufe des Tages in Berlin festzunehmen.

Die Titelspieler.

blüht weiter, trotz Revolution und republikanischer Reichsverfassung und ähnlichen Errungenheiten. Ein Postleutnant macht uns darauf aufmerksam, daß die „Deutsche Postzeitung“ am 22. Juni 1921 meldete:

Militärische Beförderungen von mittleren Postbeamten. Es wurde verliehen: OES. Krohn in Brauburg der Charakter als Oberleutnant d. R., IS. Kipping in Alenburg (S.-M.) der Charakter als Oberleutnant d. R. mit der Erlaubnis zum Tragen der Armeeform.

Dem Oberpostleutnant und dem Telegraphenleutnant werden hier Titel angehängt, die weder einen Beruf noch ein Amt bezeichnen, wie die Reichsverfassung es für Titelverleihungen zur Bedingung macht. „Oberleutnant d. R.“ und „Oberleutnant d. L.“ ist heute Unsinn, weil nach dem Friedensvertrag die Aufstellung von Reserveformationen unzulässig ist. Die „Deutsche Postzeitung“ scheint sich mit ihrer Meldung um ein paar Jahre veripst zu haben. Aber es wird nicht an Leuten fehlen, die sich als „Oberleutnant d. R.“ oder „Oberleutnant d. L.“ auch heute immer noch tollfalsch wichtig vornehmen.

Ein Mord in der Grünthaler Gemarkung.

dem am 21. August v. J. ein Mädchen aus Weissensee zum Opfer fiel, beschäftigt jetzt erneut die Berliner Kriminalpolizei. Damals erhielt auf dem Wege Reichow-Luden die 36 Jahre alte Privatsekretärin Martha Severin aus der Berliner Allee 85 zu Weissensee von einem Wegelagerer zunächst einen Schuß in den rechten Arm, den sie zu ihrem Schutze gegen einen Angriff emporhob. Der Verbrecher schlug sie dann, wahrscheinlich mit einem Beil, durch einen Hieb auf die linke Halsseite nieder, schleppte sie etwa 20 Meter abwärts vom Wege hinter eine Anhöhe und tötete sie. Die Leberfallene wurde als Leiche aufgefunden. Der Mörder raubte eine hellgrüne 35 Zentimeter lange und 20 Zentimeter breite edle Handtasche mit Wulstentasche und weißem Metallbügel. Die Tasche enthielt einen goldenen Ring mit zwei nicht ganz erbsengroßen Brillanten und zwei kleinen Brillantplättchen, einen Ring mit 5 Brillanten und Epsitern, ein mattgoldenes, allseitsgerichtetes Armband, russische Arbeit und eine tuffelbunte Armbanduhr. Auf die Ermittlung des Täters wurde zunächst eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt. Diese hat der Regierungspräsident jetzt auf 5000 Mark erhöht. Des Mordes verdächtig ist ein Mann, der eine halbe Stunde vor der Tat auf demselben Weg einer Frau begegnete. Er ist etwa 28-29 Jahre alt, unterseht und kräftig gebaut, hat ein volles frisches Gesicht und trug, als er der Frau begegnete, keinen Rock und keine Kopfbedeckung. Mitteilungen, die irgendwie zur Aufklärung des Verbrechens dienen können, nimmt Kriminaloberwachmeister Bahmann im Zimmer 96a des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Vorübergehende Schließung der Wohnungliste.

Die Wohnungsämter 1a-8b nehmen vom 1. Juli bis 1. September neue Wohnungsgesuche nicht entgegen, weil die Wohnungsliste für diese Zeit geschlossen bleibt. Diese Schließung bezweckt beschleunigte Bearbeitung von Gesuchen dringlich eingetragener Wohnungsuchender, um länger Wartenden eine Unterkunft zu beschaffen. Wohnungsuchende, die noch nicht eingetragene sind, werden durch diese Maßnahme nicht benachteiligt, da die Reihenfolge der Zuteilung dadurch nicht geändert und durch die schnellere Erledigung älterer Gesuche die frühere Berücksichtigung von neuen Gesuchen ermöglicht wird. Die Maßnahme bezweckt, die Warteszeit für dringliche Wohnungsgesuche abzukürzen. Vom 11. bis 30. Juli bleiben die Wohnungsämter 1a-8b für die Aufarbeit der Restbestände für den Publikumsverkehr geschlossen.

Forderungen zum Jugendwohlfahrtsgesetz.

Funktionärinnenkonferenz.

Was die Sozialdemokratie von dem kommenden Reichsjugendwohlfahrtsgesetz erwartet und verlangt, mit dieser Frage beschäftigte sich am Mittwoch die Konferenz unserer Groß-Berliner Funktionärinnen.

Die Reichstagsabgeordnete Genossin Marie Juchacz referierte über den Gesetzentwurf, der dem Reichstag vorliegt, und über die von unseren Vertreterinnen vorgeschlagenen Abänderungen. Die Begründung des Gesetzes sagt, daß der Wiederaufbau bei der Jugend einsehen solle. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz will für Jugendpflege und Jugendfürsorge, die jetzt unter einem Neben- und Durcheinander aller möglichen Behörden und Organisationen leiden, die Kräfte mehr zusammenfassen. Es kann nur ein Rahmengesetz sein, das den Staaten je nach Eigenart und Bedürfnis den nötigen Spielraum läßt. Schwierigkeiten hat im Reichsrat die Frage gemacht, ob auch die Kosten der Durchführung des Gesetzes dem Reich auszubürden sind. Genossin Juchacz erörterte in sehr lehrreichen Ausführungen die einzelnen Abschnitte des Gesetzes und wies überall auf die Möglichkeit und Notwendigkeit von Verbesserungen hin. Ein engmaschiges Netz von Jugendämtern, den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, müßte das ganze Reich überziehen, damit jedes Kind von einem Jugendamt erfasst werden kann. Stark betonte die Referentin, daß auch von Organisationen der Arbeiterklasse bisher schon Jugendhilfe geleistet worden ist und daß diese in einem sehr bestimmten Gegenstand zu der Tätigkeit bürgerlicher Organisationen gestanden hat. Sie unterstützte die Forderung der Verge, im Jugendamt entscheidend mitwirken zu können.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine rege Diskussion, die Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Referentin ergab. Einstimmig wurde diese

Entschließung

angenommen: „Die Funktionärinnenkonferenz des Bezirksverbandes Berlin der SPD. und des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt begrüßt, daß nach der Resolution dem Reichstag endlich ein Entwurf zu einem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vorgelegt worden ist. Angesichts der stiftlichen, körperlichen und materiellen Not der heutigen Jugend bedauert die Konferenz die Verzögerung in der bisherigen Behandlung des Entwurfs, sie fordert nunmehr beschleunigte Verarbeitung durch den Reichstag und die alsbaldige Durchführung durch die Regierung. Die Konferenz hofft, daß die Reichsregierung und die Regierungen der Länder ihren Standpunkt zur Kostendeckung im Hinblick auf die Wichtigkeit der vom Gesetz geregelten Aufgaben revidieren werden, da es sich hier um Aufwendungen handelt, die unmittelbar zur Gesundung unseres Volkes beitragen und daher vom höchsten Wirtschaftssinn sind. Die Arbeiterfreile, die die Konferenz vertritt, erwarten, daß das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz die öffentliche Jugendhilfe bedingungslos überall dort einführt, wo der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird. Die öffentliche Jugendhilfe soll von den öffentlichen Jugendämtern getragen werden, die sich in Form eines lädenlosen Netzes bei allen unteren Selbstverwaltungskörpern über das ganze Gebiet des Deutschen Reiches erstrecken müssen. Ihre Zusammenfassung soll in einem Reichsjugendamt gipfeln. Den öffentlichen Jugendämtern sind die Mittel des Reichs und der Länder zu überweisen. Sollten durch das Gesetz die freien Verbände zur Mitarbeit herangezogen werden, so haben die Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt, die Arbeiterjugendvereinigungen und die übrigen in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen die Verpflichtung, tatkräftig in den Jugendämtern mitzuarbeiten, um der überwiegend charitativen und konfessionellen Einstellung der bisherigen sogenannten freien Liebestätigkeit entgegenzuwirken. Im einzelnen fordert die Konferenz besonders die gesetzliche Arbeitsunmündigkeit für uneheliche Kinder, die Aufhebung der Anstaltsvormundschaft, die Aufsicht über alle gegen Entgelt in Pflege befindlichen Kinder, die Schaffung eines Rechtsanspruches auf Jugendhilfe, die im Falle der Hilfsbedürftigkeit den notwendigen Lebensbedarf einschließlich der Erziehung und der Berufsbefähigung gewährleistet. Sie verweist, daß auch nach dem neuen Gesetzentwurf die Fürsorgeerziehung in bestimmten Fällen auf die Kinder unehelicher Eltern beschränkt bleibt.“

Die Bille der Bourbonen.

Sin und wieder sieht man jetzt in Berlin junge Leute austauschen, die nach Art der bürgerlichen Wandervogel gekleidet ein eigenartiges Äußeres an ihrem Äußeren oder Rock tragen. Es besteht aus weißer Amalke und enthält in der Mitte ein breites Blatt, ähnlich den Blättern der Weibstume und recht und links je ein ebensolches Blatt, die jedoch nach abwärts gebogen sind. Das Ganze ist in stilisierter Form, eine Bille, und zwar für den Heraldiker ganz unverkennbar die Bille der Bourbonen.

Erinnern wir uns des Beitrags des Genossen Dr. Ewald David: die schwarz-rot-goldene Bille in Nr. 295 des „Vorwärts“, in dem Genosse David den Kampf um das Elfenhäutchen und um die blau-weiß-rote Tricolore in Frankreich schilderte als den Kampf zwischen Monarchisten und Republikanern. Zweifellos ist das Austauschen des französischen republikanischen Zeichens in Deutschland mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Die Träger dieses Zeichens scheinen sich sicher zu fühlen, da sie meinen, daß niemand die Bedeutung des Zeichens eracht. Wahrscheinlich handelt es sich um eine der vielen Äußerungen ins Kraut schießenden geheimen monarchistischen Bogen, Ringe, Bünde oder Wälder, die den Sturz der Republik vorbereiten. Die Tatsache, daß deutsche Jünglinge und Jungfrauen ein französisches Nationalabzeichen anlegen, entbehrt übrigens nicht einer gewissen Pikanterie.

Für Paulsen. Am Montag, den 27., tagte in der Aula der Aßnererschule in Köpenick eine durch den Ortsleiterbeirat einberufene öffentliche Literaturversammlung für die Köpenicker Schulen. Genosse Marquardt sprach über das Paulsen'sche Schulprogramm. Die Versammlung dankte durch reichen Beifall. Viele Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten; besondere Beachtung aber fanden die Ausführungen des Hilschullehrers Lehmer. Dem hier bekannten Hakenkreuzler, Geschäftsführer des Deutschen Schutz- und Trugbundes, Gau Groß-Berlin-Brandenburg, Alexander Benzhien, mußte auf Erfragen der Versammlung das Wort entzogen werden. Der Vorsitzende war gezwungen, ihn sehr energisch zurechtzuweisen. Zum Schluß gelangte eine Entschließung gegen zwei Stimmen zur Annahme, die sich für Paulsen ausspricht und der auch alle anwesenden Lehrer sowie ein Pfarrer zustimmten.

Eröffnung der Volksbadeanstalt in Köpenick. Am 1. Juli d. J. wird die auf dem Parkgrundstück in Köpenick, Viktoriapark 23/27, neuerbaute, offen neuzeitlichen hygienischen Anforderungen entsprechende Volksbadeanstalt eröffnet. Es werden bereitgestellt: Männer- und Frauenbäder zum Preise von 2 M. für ein Herrenbad, 1 M. für ein Frauenbad für Kinder, 50 Pf. für ein Frauenbad. Die Anstalt ist geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags für Männer: Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend, für Frauen: Dienstag und Freitag.

Einem schweren Verlust erlitt ein Kriegesbeschädigter, dem am Samstag, den 25. d. M., um 3 Uhr nachmittags im Hause Markauer Str. 34/35 ein Fahrrad gestohlen wurde. Besonders wertvoll sind eine silberne Bevalde mit Lederriemen und Remisen, Marke „Verolima“ mit Korbbehälter. Das Rad ist für gesunde Menschen wertlos, da das Tretrad vollständig umgebaut werden mußte. Mitteilungen werden an Hermann Kowall, Reußstr. 82, erbeten.

Eine Geld- und Ausstellungsveranstaltung im September d. J. der Verein Berliner Geldkassanten in seinem Vereinslokal „Zum alten Kellner“, Anhalterstr. 11.

Das Wetter für morgen.

Für Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch überwiegend bewölkt mit mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Wer macht die Teuerungsstatistiken?

Forderungen der Berliner Eisenbahner.

In einer am 28. Juni abgehaltenen Versammlung von Zahlstellenobleuten und Kassierern wurde folgende Resolution angenommen:

Eine Werftarbeiterkonferenz in Hamburg, die insgesamt von 129 Delegierten besucht war, beschäftigte sich mit den drohenden Arbeiterentlassungen aus den Werften. Es wurde mitgeteilt, daß die nach dem Reedereiabfindungsgefeß für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte ausgeworbenen Summen auf eine längere Reihe von Jahren verteilt werden sollten, was eine bedeutende Einschränkung des Schiffbauprogramms bedinge. Die Folge dieser Einschränkung wäre die Entlassung von Tausenden von Werftarbeitern.

In der englischen Maschinenbau-Industrie wurde nach längeren Verhandlungen ein vorläufiges Uebereinkommen erzielt.

Groß-Berliner Vorteinachrichten.

73. Abt., Schöenberg. Die Vorstandssitzung morgen abend findet im Klassen-
zimmer 14 der Gemeindeschule Heurighstr. 57 statt.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Petke, Göttingen-Burg; für Anzeigen: Th. Glaser, Berlin. Verlag: Buchverl.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverl.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverl.-Verlag G. m. b. H., Berlin.

randgenäht, breite
moderne Form, vor-
zügliche Qualität.. **159⁵⁰**



Inh.: Theodor David

Berlin W.9, Linkstr. 11

Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung

Für Wiederverkäufer
Extra-Abteilung.

Zweigntaderlassung: Spandau, Breite Strasse 22, I.

Ohne Diätzwang.

Gewichtszunahme bei ausgeglichtem Wohlstande

Delikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Str.
an der Charlottenstr.
Reichthum 2735.

verfügt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicodanal.
Erfolg verblühend. Kinder, anw. Danksch. v. überall
Beste Zeit zur Brutvermehrung. Doppelpackung 7 Mk.
Ermäßig in allen Drogerien und Apotheken und bei sämt-
lichen Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei von
Hermann A. Groesel, Berlin 315, Königsgräfer Straße 49.



Gesammelt und gestaltet
von Franz Diederich

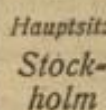
Aus dieser umfassenden Sammlung sozialer Dichtungen winkt dem Proletariat Freude am Leben u. Kraft zum Aufbruch. Ein dichterisches Andachtsbuch für den Sozialisten, das auch jeder Vortragende bei Versammlungen benutzen sollte.

Schön in Halbleinen
gebunden 25,— Mk.
und Leseerlaubnis.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68. Lindenstr. 2

Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis
 behandelt ohne Berufsstörung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
 Berlin M 5, Potsdamer Straße 125 B.
 Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, sonntags 10 bis 11.
 Belegt Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heil-
 mittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 2. — diskret in
 versch. Doppelbriefen oder Abenden. Leiden genau angegeben

„Krankheiten“ innere u. äußere, werden erfolgreich behandelt in unserem **Kunstl. Höhen Sonnen-Institut „Röppe“**, Adolfsstr. 12a, am Krematorium. Sprechr. Ugl. 9-7, Sonntags 10-11. Fernspr. Moab. 828. Auskunf. kostenfrei. Kul. Zahl.-Bed. Fahrverbind.: Stadt, Wedding, Auto-Omnibuslinie 4 bis Nettelbeckpl., Stadt, Straßn. 13, weitere Straßenbahnlin. 3, 5, 6, 27, 23, 24, 25, 26, 29, 31, 32, 34, 42, 43, 48, 49, 168



*Eigen-
vermögen:
5 000 000
schwed.
Kronen*

Svenska

Ekonomiaktiebolaget

Zweigniederlassung:

Berlin NW 7, Unter den Linden 68a

Telegraphenadresse: Schwedenbank Berlin Fernsprecher: Zentrum 12511 und 1514

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?

May Motel, Schneidermeister
Neustadt, Ringbahnstraße 33 :: Tel. 909
Lieferant für höchste Staatsbedürfnisse. Viele Anerkennungen und
Dankschreiben. 120

NEVEN & CO.

Spezialhaus für

Holz-Aufwaschtische
Marmor-Waschtische
Bade-Einrichtungen
Sanitäre Steingutwaren

Berlin C 19 Untergrundbahnhof
Wallstr. 25 Spittelmarkt-Inselbrücke

Möbel-Angebot.

Sollte Möbelfirma liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen Zinsvergütung bei möglicher Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Off. Postlagerkarte 142, Postamt O 27. Keine Kaffeeer. Große Auswahl.

Bad Salzbrunn

Schlesien
Katarrhe
Asthma * Grippe
Nieren * * * * Blase
Gicht * Zucker * Steine